



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919

VIII. Deutschland, England und Frankreich bis 1896

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73514](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73514)

VIII

Deutschland, England und Frankreich
bis 1896

* VIII. Deutschland, England und Frankreich bis 1896 *

Französisch-englische Kolonialstreitigkeiten	189
Der Kongostaat und die Großmächte	195
Deutsch-französische Annäherung 1895—1896.	197
Das Kaisertelegramm an Krüger	199
Die ägyptische Frage	205
Deutschfeindliche Stimmung in England.	208

Französisch-englische Kolonialstreitigkeiten

Die Ausbreitung der englischen Macht in Ost- und in Südafrika konnte so gewaltig nur vor sich gehen, weil Deutschland durch die unter Caprivi mit Britannien geschlossenen Verträge freiwillig in die zweite Reihe getreten war. Frankreich dagegen ließ sich auf den Wettbewerb mit gesteigerter Energie ein. Die öffentliche Meinung in diesem Lande kam zur Einsicht, daß sie unrecht getan hatte, nicht auf die Ratschläge Gambettas und Ferrys zu hören. Der Fehler allerdings, der mit der Preisgebung Ägyptens begangen war, konnte nicht mehr gutgemacht werden, hier saßen die Briten warm im Nest. In Westafrika jedoch stand der Sattkraft französischer Offiziere und Beamten, Diplomaten und Kaufleute ein weites Feld offen. Die Kolonialgruppe im Parlament, an deren Spitze der Abgeordnete Etienne stand, nahm sich jeder Unternehmung kräftig an. Die Kammern machten bei Gelbbewilligungen keine Schwierigkeit mehr. Die Stimmungen wechselten zwar und Rückschläge blieben nicht aus. „Das Parlament,“ so bemerkte Hanotaux, „war gleichzeitig feurig und furchtsam, die öffentliche Meinung immer anspruchsvoll, aber schnell ratlos.“ Da sich jedoch die gebrachten Opfer durch die weitere Ausdehnung des französischen Kolonialbesitzes lohnten, so verstummte der Widerspruch, durch den Clemenceau und die Radikalen das Emporsteigen Frankreichs gehemmt hatten.

Daraus ergab sich eine immer schärfere französisch-englische Nebenbuhlerschaft. Überhaupt erhielt das letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts sein Gepräge durch die englisch-russische Rivalität in Asien, die englisch-französische in Afrika. Nur bei oberflächlicher Betrachtung erscheint der gleichzeitige deutsch-französische Gegensatz als Hauptfaktor. Gewiß war er ein wichtiges Element, war die Luft, in der Europa atmete. Aber dieser Zustand wurde wie etwas Unabänderliches hingenommen; unterdessen vollzogen sich auf dem Erdball — in der Mandschurei, im Sudan und im Burenland — Umwälzungen, die an Wichtigkeit dem Schicksal Elsaß-Lothringens nicht nachstanden.

Es gibt aus der Zeit bis zum endgültigen englisch-französischen Ausgleich eine umfangreiche französische politische und historische Literatur über die Rivalität der zwei Westmächte. Drei ehemalige Minister des Außern befinden sich unter den Autoren, Freycinet mit seinem Buche „La question d'Égypte“, Hanotaux mit dem über „Fachoda“ — zwei ernste und lesenswerte Arbeiten — endlich Emil Florens mit dem Pamphlet „La France conquise“, das durch England eroberte Frankreich¹⁾. So maßvoll Freycinet und Hanotaux sich aussprechen, so schreiben doch auch sie in antienglischem Sinne. Außerdem sind leidenschaftliche Streitschriften in schwerer Menge erschienen: auch in dem Buche des Majors Driant, des Schwiegersohnes Boulangers, „Einem neuen Sedan entgegen“, das in erster Linie gegen einen französisch-deutschen Rachekrieg gerichtet ist, wird immer hervorgehoben, daß England diesen Kampf entzünden wolle, um seine Seeherrschaft zu befestigen. Unter den führenden französischen Politikern dieser Zeit hat bloß Clemenceau für ein Bündnis mit England gewirkt, was insofern konsequent war, als er der französischen Kolonialpolitik ablehnend gegenüberstand. Er wurde aber wegen seiner Hinneigung zu England hart angefeindet und als bestochen hingestellt. Fast überall also ein tiefer Groll gegen die Macht, die seit Ludwig XIV. Frankreich auf allen Meeren entgegengetreten war und auch im 19. Jahrhundert seinen kolonialen Aufschwung niederhielt. Der Verlust des französischen Einflusses in Ägypten war der stärkste Stachel, aber es wurde auch bitter geklagt, daß England durch zwanzig Jahre gegen die Unterwerfung Algiers protestiert hatte, daß es in Hinterindien und am oberen Nil, in Madagaskar und Neufundland die Franzosen hemmte und beschränkte, ihnen jeden Fußbreit überseeischen Erwerbs streitig machte. Diese Vorgänge haben in Jean Darcy den Geschichtsschreiber gefunden, einem ehemaligen Marineoffizier, dessen Bücher nach der Versöhnung Frankreichs mit England ihren Wert nicht verloren haben²⁾.

¹⁾ André Lebou, Kolonialminister von 1896—1898, veröffentlichte später das Buch „Politique de la France en Afrique“ (Paris 1901).

²⁾ Das erste Buch „La conquête de l'Afrique“ erschien 1900, das zweite ist sein Hauptwerk, es führt den Titel: „France et Angleterre. Cent années de rivalité coloniale.“ Dessen erster Band erschien 1904, der zweite, der über Madagaskar, wurde 1908 nach dem frühen Tode des Verfassers herausgegeben. Eine nüchterne, ziemlich vollständige Darstellung gibt das Buch von Ernst Lémonon „L'Europe et la politique britannique 1882—1911“ (2. Aufl. Paris 1912).

Die stärkste Probe dessen, was Großbritannien sich gegen Frankreich erlauben durfte, wurde in Uganda abgelegt. Diese Landschaft war, wie erzählt worden, im Helgolandvertrag von den Deutschen den Briten überlassen worden; ihre Wichtigkeit bestand darin, daß sie die Brücke von der britisch-ostafrikanischen Küste zum oberen Nil bildete. Nach dem Abzug der Deutschen gingen die Engländer gegen die französischen Niederlassungen gewalttätig vor. Dort wirkte mit großem Erfolg der Orden der Weißen Brüder, vom Kardinal Lavignerie zur Heidenbekehrung in Afrika gegründet. Zehntausende von Eingeborenen wurden durch ihn für die katholische Kirche gewonnen. Der wachsende französische Einfluß im Lande des Königs Muanga war der britisch-ostafrikanischen Kompanie unbequem. Sie nahm also die Streitigkeiten zwischen den Weißen Brüdern und den englischen Missionären zum Anlaß, um den Kapitän Luggard mit einer bewaffneten Macht nach Uganda zu senden, so daß der König gezwungen wurde, sich der englischen Hoheit zu unterwerfen. Die französischen Missionäre flüchteten darauf mit ihren Gläubigen auf eine große Insel des Viktoriasees. „Gegen diese angriffs- und verteidigungsunfähige Menge,“ so berichtet Darcy¹⁾, „richtete Luggard seine Kanonen und seine Mitrailleusen. Er tötete einen großen Teil, dann setzte er das Werk der Zerstörung fort, gab seinen Truppen und seinem Anhang volle Freiheit, und diese verbrannten alle Dörfer und Niederlassungen der Weißen Brüder, deren Kirchen und Anlagen.“ Das geschah 1891, womit der französische Einfluß in Uganda sein Ende fand.

In Madagaskar konnten die Engländer nicht offen auftreten, da das Reich der Hovas 1885 die Schutzherrschaft Frankreichs anerkannt hatte. Aber sie legten, wo sie konnten, ihre Minen und ermutigten die Königin Ranavalona zu dem Versuche, sich dem Vertrage zu entziehen²⁾. Der Streit der zwei Seemächte verbitterte sich durch die Auflegung hoher Zölle seitens der Französischen Republik, wogegen die Briten Einspruch erhoben. Während die letzteren im Sudan beschäftigt waren, ging Frankreich energisch vor und ließ 1895 durch General Duchesne, der an der Westküste landete, die Insel erobern, die am 6. August 1896 zur französischen Kolonie umgewandelt wurde. In diesen Kämpfen zeichnete sich General Gallieni aus, der auch zum

¹⁾ „France et Angleterre“ I, S. 362.

²⁾ G. Hanotaux, „L'affaire de Madagascar“ (Paris 1896).

ersten Generalgouverneur der Insel, der drittgrößten des Erdenrunds, ernannt wurde.

Die wichtigste französische Eroberung war die des Stromgebietes des Niger. Die militärischen Unternehmungen gingen von Senegambien aus und erreichten zunächst den oberen Lauf des Flusses. Hier stießen die Franzosen auf das Woffulureich, in dem Samory, ein tapferer Emporkömmling, herrschte. Nach jahrelangen Kämpfen erkannte er 1887 die Oberhoheit Frankreichs an. Indessen begann 1891 der Krieg aufs neue, bis Samory die Gebiete am Nigerstrom räumen mußte und sich nach Kongo zurückzog, der abgelegenen Landschaft nördlich der Elfenbeinküste und der Republik Liberia. Nun war den Franzosen am Niger der Weg frei und sie drangen stromabwärts, bis sie 1893 Timbuktu, die altberühmte Handelsstadt, besetzten. Gleichzeitig wurde Samory in seiner Zufluchtsstätte Kongo aufgesucht, im Hinterlande von Liberia 1898 geschlagen und gefangengenommen. — An der Küste bestand das Reich Dahomé, dessen König Behanzin sich zuerst unterwarf, dann wieder das Waffenglück versuchte, bis er 1892 im Kampfe gegen ein französisches Korps unter Oberst Dobbé sein Land verlor.

Das waren schöne Erfolge. Um so widerwärtiger war es den Franzosen, daß, während sie den oberen und den mittleren Lauf des Niger ihr Eigen nannten, Großbritannien ihnen in dessen Mündungsgebiet zuborgekommen war. Die Engländer hatten nämlich 1885 die Niger-Kompanie gegründet, zur Zeit, da in Frankreich noch keine Stimmung für überseeische Eroberungen bestand; und da die Gesellschaft mit reichen Geldmitteln ausgestattet war, gelang es ihr, die französischen Faktoreien entweder aufzukaufen oder die Konkurrenten mit Gewalt zu verdrängen. Die Briten hatten sich also in ihrer Kolonie Nigeria schon eingebettet, als die Mündung des Stromes für Frankreich immer wichtiger wurde. Daß die Engländer nicht wichen, war begreiflich; aber die Franzosen führten auch Klage, daß die britischen Agenten und Kaufleute die eingeborenen Häuptlinge zum Widerstande gegen sie aufreizten. Großbritannien dehnte seine Herrschaft übrigens auf das Land der Aschanti aus, die 1894 und 1895 unterworfen wurden.

Noch aber waren die französischen Gebiete am Niger von denen am Kongo durch weite, unerforschte Räume getrennt. Die Verbindung war nur möglich östlich um die deutsche Kamerunkolonie herum. Im Jahre 1893 brach Brazza vom Kongo, Mizon vom Niger her auf mit

der Verabredung des Zusammentreffens. Zu ihrer Freude begegneten sich die zwei Forscher, und ihre Umarmung war das Symbol der geographischen Einheit des französischen Reiches in Westafrika. Nur mußte Frankreich sich noch mit Deutschland auseinandersetzen, damit dieses nicht von Kamerun ostwärts sich ausdehne. Der Ausgleich erfolgte unter Caprivi ohne viel Mühe: wie bereits (Seite 129) erzählt wurde, verzichtete die deutsche Regierung auf die Gebiete östlich vom Tschadsee, ließ also den Franzosen freie Hand.

Dagegen standen die Briten in Ostafrika weitaus an erster Stelle. Über Sansibar, das ihnen von Frankreich durch den Vertrag vom 5. August 1890 gegen Zugeständnisse am Rande der Sahara überlassen wurde, setzte man sich noch friedlich auseinander. Anders lagen die Dinge in Abessinien. Die Franzosen besaßen an der Küste die Häfen Obok und Dschibuti und strebten ins Innere, ebenso wie die Italiener von Massaua aus. Als nun England mit Italien den Vertrag zur Teilung Abessiniens schloß, ohne die Franzosen zu berücksichtigen, erhoben sie großen Lärm. Sie nahmen schadenfroh die Kunde von der Niederlage der Italiener bei Udua entgegen.

Nicht in Afrika allein gab es Streit über Streit, in Neufundland stand es ebenso. Hier besaßen die Franzosen kraft des Friedensvertrages von Utrecht 1713 Fischereirechte, welche von den Briten verletzt und eingeengt wurden. Nicht besser stand es auf der australischen Inselgruppe der Neu-Hebriden: man einigte sich zwar 1887 mühsam über ein gemeinschaftliches Protektorat, aber darauf ging der Hader von neuem los. Viel größere Interessen standen in Hinterindien auf dem Spiel. Siam als Pufferstaat erstreckte sich nämlich im Norden nicht bis zur chinesischen Grenze. Hier dehnten sich Berglandschaften aus, und in diesen breiteten sich vom Westen her die Briten, vom Osten die Franzosen so lange aus, bis sie aufeinanderstießen und sich gegenseitig verdrängen wollten. Dazwischen rissen sie auch von Siam bald hier, bald dort ein Stück los.

Alle diese Mißhelligkeiten waren aber nicht so gefährlich wie die über das Gebiet des Nils. Die wiederholten Anfragen der Französischen Republik, wann England endlich seinem Versprechen gemäß Ägypten räumen würde, gingen den Briten auf die Nerven; und wegen des oberen Nils wäre es beinahe zum Kriege gekommen. Davon später noch genauer: an dieser Stelle mag der Hinweis auf das Bündel von Fragen und Streitigkeiten genügen.

Diese Vorgänge erweckten in Frankreich erbitterten Widerhall, nirgends beredteren als in der Einleitung des bereits erwähnten Werkes von Darcy „Hundert Jahre kolonialer Nebenbuhlerschaft“. Es heißt dort: „Jede fremde Flagge war für die Briten eine feindliche Flagge, und niemals zögerten sie mit dem Angriff auf sie an dem Tage, an dem ihr Wettbewerb gefährlich wurde. Um ihre Seeherrschaft zu sichern, waren ihnen alle Mittel recht. Bald sah man sie plötzlich zum Kriege vorgehen; bald entzündeten sie — ein Kunststück, dessen sie sich ohne Bedenken bedienten — in Europa einen Brand und säten Zwietracht unter den Völkern; dann wieder beobachteten sie von fern eine Schwächung ihrer Nebenbuhler und griffen im richtigen Augenblick ein, um die Frucht der Erschütterung einzuheimsen, die sie hervorgerufen hatten.“ Und später sagt Darcy: „Erfüllt von der Sorge um seine Interessen, hat England nie Gefühlspolitik gekannt: es schlägt sich für seine Interessen und nicht für Ideen. Nie hat ein Volk den Kultus des gefährlichen Grundsatzes *Salus patriae — suprema lex* weiter getrieben, und in seiner Handhabung ist es unbewußt dahin gelangt, sich zu überreden, daß nach dem Ausspruche *Locquevilles* von zwei in Frage stehenden Gründen derjenige der gerechte ist, der am besten seinen Interessen dient“. „Daß ein anderes Volk als das englische das Recht hat, größer und reicher zu werden, sich nach außen zu vergrößern, kann es nicht zugeben; das ist ein unerträglicher Eingriff in seine Interessen, der mit nicht genug Strenge zurückgewiesen werden kann.“ Und endlich: „Im 17. Jahrhundert wandte England alle seine Kräfte gegen Holland, dessen Flotten mit den seinigen wetteiferten; nach Erreichung seines Zweckes öffnete es ihm seine Arme, und der holländische Statthalter wurde König von England. Später kam die Reihe an Dänemark. In unseren Tagen endlich verursachen ihm Deutschland und die Vereinigten Staaten bittere Sorgen. Wenn es etwas gegen diese Emporkömmlinge vermöchte, so würde es sie ohne Zweifel behandeln wie ehemals Spanien, Holland und Dänemark.“

*

Der Kongostaat und die Großmächte

In dem 1885 gegründeten Kongostaat herrschte König Leopold II. als unumschränkter Monarch, so zwar, daß zwischen diesem Gemeinwesen und Belgien Personalunion und sonst kein Band bestand. Der König war am Kongo nicht bloß Herrscher und Gesetzgeber, sondern auch der größte Kaufmann. Behufs Ausbeutung der Naturprodukte des Landes mußte, um die Wasserfälle des Kongostromes zu umgehen, eine Eisenbahn ins Innere gebaut werden. Die belgischen Kammern bewilligten zu diesem Zwecke 1889 ein Anlehen von 10 Millionen Franken, aber außerdem waren 25 Millionen notwendig. Da legte der König dem Parlament sein 1889 gemachtes Testament vor, in welchem der belgische Staat zu seinem Erben im Kongogebiete bestimmt wurde; auch erhielt das Mutterland das Recht, von 1900 an sich die große Kolonie einzuberleiben. Daraufhin übernahm das belgische Parlament auch für die zweite Anleihe die Bürgschaft. Es war eine Verquickung von Interessen, zwischen denen der König sich meisterlich zu bewegen verstand.

Die Einnahmen des Kongostaates aus öffentlichen Mitteln waren anfangs gering und deckten nicht die Kosten der Verwaltung. ZurUSHilfe führte der König eine Reihe von Handelsmonopolen ein. Die wichtigsten waren die auf Elfenbein und auf Kautschuk, die Hauptprodukte des Landes. Sie durften nur mit Bewilligung der Regierung gewonnen werden, die in den ertragreichen Gegenden die Ausbeutung entweder durch ihre eigenen Organe oder durch Pächter vornehmen ließ. Von 1891 ab wurden drei Viertel alles Elfenbeins der Welt und mehr als die Hälfte alles Kautschuks im Kongostaat gewonnen. Dabei wurden die Eingeborenen entweder zu Fronarbeiten gezwungen oder den Dörfern und Stämmen die Ablieferung einer bestimmten Menge aufgetragen. Furchtbare Willkür herrschte, die Pachtgesellschaften zumal zwangen die Eingeborenen durch Prügel und Folter zu den schwersten Leistungen. Es war sehr die Frage, ob die Bevölkerung einen guten Tausch gegen die Zeit gemacht hatte, als noch bewaffnete arabische Sklavenhändler das Land durchzogen und die Bewohner an die Küste trieben. Die Eingeborenen sahen keinen Unterschied zwischen der einen und der anderen Art von Knechtschaft.

Die Kunde von diesen abscheulichen Mißbräuchen drang nach Eu-

ropa, und in England wurde gegen den Kongostaat ein förmlicher Kreuzzug eröffnet. Es gab in Großbritannien Gutgläubige, die sich der Kongoneger uneigennützig annahmen, aber hinter ihnen arbeiteten die Politiker, die es nicht verzeihen konnten, daß die Berliner Konferenz von 1885 den Briten an der Mündung des Kongo den Weg verlegt hatte. So kam es, daß Jahre hindurch die Kongogreuel in der britischen Presse wie im Parlament unter heftigen Ausfällen gegen König Leopold und die Belgier ständig zur Sprache kamen.

Der Wunsch des Königs, den Geburtsfehler seines Staates in England vergessen zu machen, bestimmte ihn zu einer Schwenkung nach der englischen Seite hin. Dazu kam, daß er mit Frankreich über den Zug der Nordostgrenze des Kongostaates in Streit geraten war. Es handelte sich dabei um die Landschaften zwischen dem oberen Kongo und dem mittleren Nil. Französische wie belgische Pioniere durchstreiften das strittige Gebiet, das Bahr-el-Gazal, das, von Negerstämmen bewohnt, reich an Naturprodukten war, da es von den Nebenflüssen des Weißen Nils trefflich bewässert ist.

Da nun schob sich England geschickt zwischen die streitenden Teile. Den Briten lag der große Plan des Baues einer Eisenbahn von Kapland nach Ägypten im Sinn, der von Cecil Rhodes ausgegangen war. Sie legten Wert darauf, diese Linie auch politisch zu beherrschen. Dem standen aber zwei Hindernisse im Wege. Zunächst der Umstand, daß Deutsch-Ostafrika und der Kongostaat aneinanderstießen, sich also den nördlichen und den südlichen Besitzungen Englands quer vorlegten. Aber weiter: hatte man schon den Kongostaat durchmessen, so führte die geplante Eisenbahnlinie durch den Bahr-el-Gazal, und auch diese Landschaft gehörte nicht den Briten. Aber diese doppelte Schwierigkeit wollte sich England dadurch hinwegsetzen, daß es König Leopold II. in sein Interesse zog. Das geschah in der Art, daß sich England und der König in betreff des Besitzrechtes auf den Bahr-el-Gazal verständigten. Das Gebiet war, wie gesagt, nicht britisches Eigentum, aber in dem am 12. Mai 1894 mit Leopold II. geschlossenen Vertrag wurde es ihm für Lebenszeit „verpachtet“; dann sollte es an Großbritannien fallen; Frankreich wurde dabei als Luft behandelt. Dafür, daß der König das weite Gebiet für Lebenszeit erhielt, leistete er den Briten einen großen Dienst. Um ihnen zu ermöglichen, die große Eisenbahn durch ihr eigenes Gebiet zu ziehen, trat er ihnen am Ostende des Kongostaates einen 25 Kilometer breiten Streifen Landes ab, längs des Tan-

ganjikasees. Damit drängte sich England zwischen den Kongostaat und Deutsch-Ostafrika; die Eisenbahn sollte den deutschen Besitz seitwärts liegenlassen. Mit einem Schlage waren also mehrere Zwecke erreicht.

Es war schwer zu sagen, ob Frankreich oder Deutschland dadurch empfindlicher geschädigt wurde. Caprivi war noch Kanzler, aber auch er mochte, so nachgiebig er sonst war, die Unbill nicht dulden und verständigte sich mit der französischen Regierung, worauf beide Kabinette in Brüssel Protest erhoben. Da nun wiederholte sich die bei der Gründung des Kongostaates gemachte Erfahrung: gegen den übereinstimmenden Willen der zwei festländischen Großmächte konnte England seine Pläne nicht durchsetzen und mußte zurückweichen. Es gab im August 1894 die Zustimmung zur Lösung des mit Leopold II. vereinbarten Vertrages und alles blieb beim alten. Immer waltete dieselbe Regel: gingen Deutschland und Frankreich zusammen, so wurde der britischen Macht ein Kiegel vorgeschoben, während aus der Zwietracht des Kontinents Albion Nutzen zog.

*

Deutsch-französische Annäherung 1895 — 1896

Watten sich die beiden Kabinette von Berlin und Paris schon während der Kanzlerschaft Caprivis gefunden, so wurde ihre Annäherung durch den Eintritt Hohenlohes ins Amt (Oktober 1894) erleichtert. Es lag, wie wir wissen, in dessen Absicht, zur engeren Verbindung mit Rußland zurückzukehren, woraus neben dem Abbrechen von England auch eine leichtere Aussprache mit Frankreich folgte. Deutschland konnte eben nicht Rußlands Freund und gleichzeitig Frankreichs Feind sein. Der gegen Japan gerichtete ostasiatische Dreibund (Frühjahr 1895) war auf dieser Voraussetzung aufgebaut. Da man in Ostasien zusammenging, mochte man sich auf anderen Schauplätzen nicht geradezu befehden.

Abri gens stand Fürst Hohenlohe persönlich und politisch französischem Wesen näher als Caprivi, der in jedem Zoll ein preußischer Offizier war. Die politische Erziehung des 1819 geborenen Fürsten

war beim Ausbruch des Krieges von 1870 längst abgeschlossen, seine Vorliebe für die französische Literatur änderte sich auch seither nicht. Von 1874 bis 1885 war er Botschafter in Paris, korrekt in der Vollstreckung der Weisungen Bismarcks, aber verbindlich in den Formen. Auch als Statthalter von Elsaß-Lothringen und zuletzt als Reichskanzler reiste er jedes Jahr einmal nach Paris, allerdings bloß, um sich dort von seinem Zahnarzt behandeln zu lassen; aber hin und wieder sah er dann auch politische Persönlichkeiten der Republik. Ebenso besuchte er zeitweilig das Schloß in der Normandie, das ihm durch Erbschaft zugefallen war. Ohne Selbsttäuschungen, aber vorurteilslos legte er sich das Verhältnis zu Frankreich zurecht.

Im einzelnen war die äußere Politik Sache des Staatssekretärs Marschall von Bieberstein, der mit einer Schwenkung einen anderen Weg einschlug als unter Caprivi. Ob er hierbei seinen eigenen Neigungen folgte oder sich mehr der von Kaiser Wilhelm bezeichneten Grundrichtung anbequeme, läßt sich nicht feststellen. Um diese Zeit kam aber in die Führung der Geschäfte ein antienglischer Zug — entgegen dem Räte Holsteins, der den Franzosen unstillbare Kriegslust zutraute und deshalb dem Zusammengehen mit England das Wort sprach.

In Paris war man mit dieser Wendung der Dinge um so zufriedener, als Frankreich die englische Zuchtrute zu spüren hatte. Dazu kam, daß Gabriel Hanotaux, der vom Mai 1894 bis 1898 mit Unterbrechungen Minister des Außern war, sich in das Dreieck Frankreich-Deutschland-Rußland ohne Voreingenommenheit hineinfand. Einsicht und Bildung schützten ihn vor manchen Vorurteilen seiner Landsleute; als namhafter Historiker — sein Hauptwerk „Die Geschichte des zeitgenössischen Frankreichs“ erschien nach seiner Ministerschaft — konnte er der Denkungsart anderer Nationen und Kabinette gerecht werden. Vor seinem Eintritt in die Regierung hatte er im Ministerium des Außern als Direktor gewirkt, er war ein Kenner der kolonialen Streitfragen und schon deshalb kein Freund der englischen Politik. Daher fand er sich, ohne wegen Elsaß-Lothringens ein Zugeständnis zu machen, zur Aussprache mit Deutschland bereit. Das geschah, wie bereits erzählt ist, zuerst in den ostasiatischen Angelegenheiten. Wußte Hanotaux doch, daß nur auf diese Art dem britisch-imperialistischen Drange Einhalt getan werden konnte¹⁾.

¹⁾ Vgl. den Überblick über die Politik Hanotaux' in P. Albin, „Le coup d'Agadir“ (Paris 1912), S. 70ff.

Demgemäß nahm die französische Regierung auch keinen Anstand, der Einladung zur Eröffnung des Kaiser-Wilhelm-Kanals zu folgen, die an sie wie an die anderen Staaten erging. Die Anwesenheit französischer Vertreter bei den Festlichkeiten (19. Juni 1895) reizte die Galle der französischen Nationalisten, und sie interpellierten das Ministerium in der Kammer. Hanotaux antwortete kühl: die Einladung des Kaisers sei ein Akt internationaler Höflichkeit gewesen, den die Republik wie die anderen Staaten durch einen Akt internationaler Höflichkeit beantworteten; bloß darauf hätte sich die Teilnahme Frankreichs beschränkt, die keinen anderen Charakter trage, nicht tragen konnte. Damit begegnete Hanotaux dem Vorwurfe deutschfreundlicher Gesinnung, ohne in Berlin anzustoßen.

Indessen trat Hanotaux kurz darauf (Oktober 1895) infolge einer der häufigen, aus inneren Gründen erfolgenden Ministerkrisen zeitweilig aus der Regierung. Dieser wiederholte Wechsel ließ es zu keiner Stetigkeit der äußeren Politik kommen; man konnte in Berlin nicht wissen, wie weit auf das Mitgehen Frankreichs Verlaß war. Gerade damals befand sich alles im Flusse. Der Feldzug der Briten im Sudan war schon im Werke, der Sieg aber noch nicht entschieden. Am oberen Lauf des Weißen Nils standen Franzosen und Belgier im Wettbewerb, in Ägypten hatte England die Macht für sich, nicht das Recht. In Südafrika endlich widerstanden die zwei Burenrepubliken der Hab- und Herrschsucht Albions, zur Verteidigung ihrer Unabhängigkeit nach Hilfe ausschauend. Von Ägypten und vom Burenland aus konnte also die britische Weltmacht erschüttert werden.

*

Das Kaiser-Telegramm an Krüger

Die Regierung Kaiser Wilhelms II. war geneigt, sich der Buren anzunehmen. Der Präsident der Transvaalrepublik, Paul Krüger, hatte 1884 Berlin besucht, wurde von Wilhelm I. empfangen und sagte ihm: wenn es einem Kinde schlecht gehe, sehe es sich nach Beistand um, und so bitte er den Kaiser, den Buren zu helfen, wenn sie einmal in Not kämen. Das Hilfs-gesuch fand damals mit Rück-

sicht auf England kein Wort der Erwiderung; zehn Jahre später schlug die Stimmung in Berlin um. Das zeigte sich zuvörderst in dem Widerstand, den die deutsche Regierung gegen den ersten leisen Versuch Englands leistete, sich der Delagoabai zu bemächtigen und die Buren dadurch völlig vom Meere abzuschneiden. Als vernehmlichen Protest jedoch schickte Deutschland im Herbst 1894 zwei Kriegsschiffe in die Delagoabai, die hier ständig blieben. In der Freude darüber wurde der Geburtstag des Deutschen Kaisers auch von den Buren am 27. Januar 1895 laut gefeiert. Präsident Krüger selbst sprach beim Festmahl, aber das gewichtigste Wort sagte nicht er, sondern der deutsche Generalkonsul: er hoffe, der Präsident der Republik wisse jetzt, daß Deutschland wirklich ein aufrichtiger Freund sei. Infolge dieser und ähnlicher Vorgänge erhob das englische Kabinett in Berlin Klage, daß Deutschland im Transvaal einen Großbritannien widerstrebenden Geist nähre. Staatssekretär Marshall erwiderte unverhohlen, daß das Deutsche Reich aus wirtschaftlichen Gründen die Offenhaltung der Delagoabai und ebenso die Erhaltung des Transvaal als selbständigen Staat wünsche. Ein klares Programm: alles hing davon ab, ob Deutschland Ernst machen würde.

Die öffentliche Meinung in England wurde unruhig und ärgerlich. Als der Deutsche Kaiser im Sommer 1895 wie fast alljährlich seine Großmutter besuchte, brachte der „Standard“, das konservative Hauptblatt, eine Reihe von Artikeln, in denen Wilhelm II. ironisch behandelt und aufmerksam gemacht wurde, er könnte die Gelegenheit benutzen, um bei der greisen Königin Unterricht in politischer Weisheit zu nehmen. Er solle doch seine Neigung zu diplomatischen Experimenten ablegen und bedenken, daß Englands Entgegenkommen für das Deutsche Reich wertvoller sei als alle anderen politischen Beziehungen.

In Südafrika gingen die Dinge der Entscheidung entgegen. Cecil Rhodes war als Ministerpräsident der Kapkolonie und als maßgebender Mann Rhodesias entschlossen, seine Macht gegen die Buren zu gebrauchen. Als Werkzeug diente ihm sein Stellvertreter in der Regierung der seinen Namen tragenden Kolonie, Dr. Jameson. Als Vorwand wurde die unbefriedigende Stellung der britischen Bewohner der Burenstaaten genommen. Viele Tausende von Engländern hatten sich daselbst, besonders in Johannesburg, niedergelassen und verlangten volles Bürgerrecht. Die Buren mochten sich aber

von den Fremden nicht verdrängen lassen und beharrten auf dem Gesez, wonach das Bürgerrecht in der Südafrikanischen Republik erst nach vierzehnjährigem Aufenthalt erworben werden konnte. Rhodes und Jameson gedachten nun die Republik auf die Knie zu zwingen und verabredeten mit den Führern des britischen Nationalvereins in Johannesburg, es solle vom englischen Gebiete aus ein Schlag gegen die Republik geführt werden, gleichzeitig würden sich die Engländer in der Hauptstadt erheben, um die Verfassung des Staates nach Wunsch zu ändern. Das war so allgemein bekannt, daß Staatssekretär Marshall die britische Regierung schon im Oktober und dann wieder Ende Dezember 1895 aufmerksam machte, im Transvaal werde ein Gewaltakt vorbereitet. Am 29. Dezember brach Jameson wirklich mit 800 Bewaffneten, darunter die ihm unterstehenden britischen Polizeimannschaften, vom Westen in das Gebiet der Südafrikanischen Republik ein, um auf Prätoria, den Siz der Regierung, loszumarschieren. Sobald die Kunde von dem Raubzuge nach Europa gelangte, trat die deutsche Reichsregierung für die bedrohten Buren ein. Sie ließ am 31. Dezember in London die Anfrage stellen, was die englische Regierung zu tun gedenke, um den durch bewaffnete Banden verschuldeten Bruch des Völkerrechtes gutzumachen. Inzwischen setzte sich die Südafrikanische Republik selbst zur Wehr: ihr bewaffnetes Aufgebot umzingelte die Freibeuter und nahm am 2. Januar 1896 Jameson mit den Seinigen gefangen. Die ganze Welt außerhalb Englands war einig in der Entrüstung über den Raubzug und in der Anerkennung der entschlossenen Gegenwehr der Buren. Von Berlin aus erfolgte eine Rundgebung, die auf dem Erdball dröhnenden Widerhall fand. Kaiser Wilhelm wollte seiner Sympathie für die Sache der Buren persönlich Ausdruck geben und erschien am 3. Januar 1896 mit militärischem Gefolge — darunter dem Marinestaatssekretär Hollmann — im Reichskanzleramt, um eine Beratung zu pflegen, an der auch Hohenlohe und Marschall teilnahmen. Mit deren Wissen und Zustimmung schickte der Kaiser an den Präsidenten Krüger ein vom Kolonialdirektor Kayser entworfenes Telegramm folgenden Wortlautes:

„Ich spreche Ihnen meinen aufrichtigen Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren, mit Ihrem Volk gelungen ist, in eigener Tatkraft gegenüber den bewaffneten Scharen, die als Friedensstörer in Ihr Land einge-

brochen sind, den Frieden wiederherzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu bewahren.“

Das Telegramm des Kaisers war nicht gegen das amtliche England, sondern gegen die Freibeuter gerichtet, entfesselte aber trotzdem jenseits des Kanals einen Sturm der Entrüstung. Es wurde in der Presse als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Weltreiches hingestellt, und die „Morning Post“ schrieb: „Die richtige Antwort auf dieses Telegramm wäre die Vereinigung der ganzen englischen Flotte im Kanal; die englische Nation wird diese Depesche nie vergessen, sondern an sie bei Gestaltung ihrer auswärtigen Politik immer denken.“ Auf die falsche Nachricht hin, Krüger hätte die Hilfe Deutschlands angerufen, wurde die Reserveflotte in den Dienst gestellt, Tag und Nacht an der Ausbesserung von Schiffen gearbeitet. Es war in den Massen das erste Aufflammen des imperialistischen Geistes, der in den letzten zehn Jahren allgemach in alle Schichten der Gesellschaft gedrungen war. Ein völliger Umschwung also seit 1885, seitdem England sich ohne viel Widerspruch aus dem Kongobecken hatte hinausdrängen lassen.

In England wurde allgemein behauptet, der Kaiser wäre den Rechten Englands nahegetreten. Das war nicht der Fall, und auch Fürst Bismarck, der mit seinen Nachfolgern sonst nicht sanft verfuhr, lehnte diese Deutung ab. Die Briten beriefen sich auf den Vertrag, den Gladstone 1884 mit Transvaal geschlossen hatte. Darin war ausgemacht, daß diese Republik Verträge mit dem Ausland — ausgenommen mit dem ihr nahestehenden Oranjestaat — nur mit Genehmigung der englischen Regierung schließen dürfe. Daraus leiteten die Briten die Abhängigkeit des Transvaalstaates (der Südafrikanischen Republik) von ihrem Reiche ab. Dagegen sprach, daß Gladstone selbst, als die Gesandten der Buren 1884 von ihm die ausdrückliche Anerkennung der Souveränität ihres Staates verlangten, antwortete, diese stünde nicht in Zweifel, nur müsse er eine ausdrückliche Erklärung mit Rücksicht auf die Stimmung des englischen Parlaments vermeiden. Trotzdem steifte sich 1896 die deutschfeindliche öffentliche Meinung Englands darauf, das Telegramm enthalte in zwei Wendungen eine Beleidigung Großbritanniens, einmal dort, wo von der „Unabhängigkeit“ der Südafrikanischen Republik gesprochen wurde, und dann, indem der Kaiser die Buren beglückwünschte, daß sie Sieger geblieben waren, „ohne an die Hilfe

befreundeter Mächte zu appellieren“. Dieser Zwischensatz wurde so aufgefaßt, als ob Deutschland den Buren seine Hilfe, wenn notwendig mit den Waffen, in Aussicht stellte. Die letztere Wendung des Kaisertelegramms wurde auch von Holstein nicht für glücklich angesehen, und er fragte Marschall, wie er den Satz nur habe durchlassen können. Dieser erwiderte entschuldigend, Holstein möge bedenken, wieviel er habe verhindern müssen, da der Kaiser ursprünglich noch weiter hatte gehen wollen¹⁾.

Wichtiger aber als die Auslegung des unklaren und widerspruchsvollen internationalen Rechts war die Frage, ob Deutschland entschlossen war, den Streit durchzusetzen. Wollte es England die Stirn bieten und es auf einen Zusammenstoß ankommen lassen? Wenn es Bundesgenossen fand, die sich gleichfalls für die Unabhängigkeit der Burenstaaten einsetzten, dann konnte den Briten schon mit diplomatischen Mitteln Einhalt getan werden, ohne daß diese einen Waffengang wagten. Die deutsche Regierung wandte sich an die anderen Kabinette, ob deren Unterstützung zu erwarten war. Von den Antworten ist die Frankreichs und die Italiens bekannt geworden, beide lauteten ungünstig. Italien war gerade in einen schweren Kampf mit Aebessynien verwickelt, zu dem es sich mit England verbunden hatte. Als nun der deutsche Botschafter am Quirinal, Bernhard von Bülow, bei Crispi anfragte, erwiderte dieser: „Wie? Fürst Bismarck hat uns mehr als einmal geraten, uns mit England zu verständigen, um im Mittelländischen Meere gegen Frankreich gedeckt zu sein, und jetzt erwartet ihr, daß wir uns um der Buren willen mit jener Macht entzweien?“

Mehr aber kam es auf Frankreich an. Hier war seit dem 1. November 1895 Leon Bourgeois Ministerpräsident, der die äußeren Angelegenheiten dem berühmten Chemiker Berthelot anvertraute, obwohl dieser den Geschäften seines Amtes so gut wie fremd war. Gleichzeitig mit Deutschland trat Großbritannien mit der Schicksalsfrage an Frankreich heran, seinerseits aufs neue die Räumung Agyptens in Aussicht stellend²⁾. Im Schoße des Ministeriums bestanden über

¹⁾ So berichtet Harden („Köpfe“ I, S. 106) nach einer Mitteilung Holsteins. Es ist somit nicht glaubhaft, daß Holstein, wie Graf Reventlow („Deutschlands Auswärtige Politik 1888—1913“, S. 74) erzählt, der Beratung über die Abfassung des Telegramms beiwohnte. Das wird auch von O. Hammann, „Der neue Kurs“, S. 181, in Abrede gestellt.

²⁾ Hanotaux, „Fachoda“, S. 106.

daß Verhältniß zu England verschiedene Ansichten, dem Berliner Kabinett gegenüber aber war man in der Abneigung einig. Der Botschafter in London, Baron Courcel, erhielt den Auftrag, die englische Regierung zu beruhigen und sie zu versichern, daß Frankreich sich in der Burenache nicht mit Deutschland verbinden werde. Mit Hinweis auf Elßaß-Lothringen fügte Courcel, wie die deutsche Regierung später erfuhr, hinzu: Mit England könne sich Frankreich zwar entzweien, eine Versöhnung aber sei immer möglich; zwischen Deutschland und Frankreich jedoch liege l'irréparable, also etwas nie wieder Gutzumachendes¹⁾.

Abgewiesen also stand Deutschland allein der britischen Macht gegenüber, die im Falle eines Krieges seine Kolonien erobern, seine Handelsschiffe vom Meere wegsegeln konnte. So mußte sich die deutsche Regierung in möglichst guter Form aus dem Handel ziehen. Es folgte nur noch ein diplomatisches Rückzugsgesecht. Marschall trat in einem Gespräche mit dem englischen Botschafter Frank Lascelles am 6. Januar 1896 den Angriffen der britischen Presse auf den Kaiser entgegen. Dieser habe keine Feindseligkeit gegen England verübt, indem er das Oberhaupt eines befreundeten Staates zum Siege über Scharen beglückwünschte, die auch gemäß der Erklärung der englischen Regierung außerhalb des Gesetzes standen; der Deutsche sei in Rechtsfragen sehr empfindlich und nicht gewohnt oder gewillt, fremde Rechte anzutasten, dafür verlange er aber, daß seine eigenen Rechte geachtet werden. Und ähnlich sprach Marschall am 13. Februar im Reichstag. Trotz dieser Versicherungen ließ aber Deutschland die englische Regierung gewähren, als sie bald darauf das gute Recht der Buren mit Füßen trat und ihr Land mit Gewalt ihrem Reiche einverleibte.

Wer die Verantwortung für den verunglückten diplomatischen Feldzug trägt, läßt sich bei dem Mangel an zuverlässigen Nachrichten nicht entscheiden. Die Anregung zum Telegramm an Krüger ist wohl auf den Kaiser zurückzuführen, aber dieser Schritt, wenn er auch besser unterblieben wäre, entsprach doch nur der Gesamthaltung der Regierung in der Burenangelegenheit; schon Monate vorher warf sich die deutsche Diplomatie zur Verteidigerin der Südafrikanischen Republik auf. Hohenlohe und Marschall waren verpflichtet, die Folgen

¹⁾ Vgl. die „Deutsche Revue“ vom September 1908.

bis ans Ende zu bedenken und sich darüber klar zu werden, ob Deutschland in der Lage war, die Verteidigung der Buren auf sich zu nehmen. Das Berliner Kabinett durfte nicht erst nach dem Zuge Jamesons bei den anderen Großmächten Umfrage halten. Marschall hatte schon 1895 zur Hilfe für die Buren die Trommel gerührt, das Telegramm des Kaisers war nur ein weithin sichtbares Fahnen-schwenken. Übrigens sollte ein Monarch mit seiner Person erst eingreifen, wenn ein unwiderruflicher Entschluß gefaßt ist. Auf den vorhergehenden Stufen haben ausschließlich seine Ratgeber zu sprechen und zu handeln, um einen etwaigen Mißerfolg zu decken. Die Minister Wilhelms II. sind nicht von der Schuld freizusprechen, den Kaiser nicht eindringlich genug gewarnt zu haben; da das Telegramm nicht von ihm verfaßt und mit ihrer Zustimmung abgesandt wurde, haben sie mit dem Herrscher die Verantwortung zu tragen.

*

Die ägyptische Frage

In Paris herrschte in den afrikanischen Angelegenheiten dieselbe Unsicherheit wie in Berlin. Die Minister des Außern kamen und gingen, jeder stimmte das Instrument anders. Berthelot war englandfreundlich, Ministerpräsident Bourgeois weniger als er; so trat der erstere aus der Regierung und Bourgeois übernahm selbst das Ministerium des Außern. Er trug sich mit der Absicht, in der ägyptischen Sache einen Vorstoß zu machen; am 2. April 1896 gebrauchte er in der Kammer große Worte: Frankreich könne sich die endlose Hinausschiebung der Räumung des Nillandes nicht gefallen lassen, die ägyptische Sache besitze einen europäischen Charakter und werde ihn behalten.

Einen europäischen Charakter! Sollte das nicht eine leere Redensart sein, so mußte Deutschland für eine Tat gewonnen werden. Aber dessen Regierung war vom Kabinett Bourgeois in der Burensache im Stiche gelassen worden, hatte also keine Lust, den Franzosen in Ägypten als Vorspann zu dienen. Diese benützten vielmehr die Gelegenheit, um den Briten zu zeigen, daß sie es mit ihnen nicht schlimm

meinten. England benötigte für den Feldzug nach dem Sudan ein gutes Stück Geld, wollte aber, statt selbst zu zahlen, lieber einen Griff in den ägyptischen Staatsschatz machen. Wie oben (Seite 175) erzählt wurde, waren die Finanzen des Nillandes in guter Ordnung; in der durch Zölle und Steuern genährten Staatsschuldenkasse hatte sich sogar eine schöne Summe angehäuft. Diesem Schatze wünschte England fünf Millionen Pfund zu entnehmen und begründete dies damit, daß der Sudan doch für Ägypten zurückerobert werden solle. In der Schuldenkommission nun hatte jede der sechs Großmächte eine Stimme. Von Anfang an protestierte Frankreich, mit dem Rußland zusammenging; dagegen stand Italien zu England, da diese zwei Staaten gegen Abessinien und die Derwische gemeinsame Sache machten. Die Entscheidung lag also bei den Kabinetten von Berlin und Wien, und diese erklärten, daß sie mit Rücksicht auf Italien, ihren Genossen im Dreibund, für England stimmten. Der Grundklang zwar annehmbar, das wirkliche Motiv Deutschlands war jedoch der Wunsch, den bösen Eindruck des Kaisertelegramms zu verwischen.

Das Nachspiel in diesem Intrigenstück hat mit der eigentlichen Handlung nichts zu tun. Die französischen Gläubiger Ägyptens appellierten von der Entscheidung der Großmächte an die höchste Instanz, den Internationalen Obersten Gerichtshof in Alexandrien. Dieser nun fand, daß die internationalen Verträge es nicht gestatteten, die Überschüsse des ägyptischen Staatsschuldenfonds anders als für die Gläubiger zu verwenden. Somit mußte England die fünf Millionen wieder zurückerstatten. Dies geschah: angesichts der Eroberung des Sudans konnte das geringe Opfer gebracht werden.

So zog England aus dem deutsch-französischen Streite reichen Gewinn. Zu bemerken aber ist, daß französische Redner und Publizisten gegen Deutschland oft den Vorwurf erhoben, es hätte sich in der ägyptischen Frage für England zum Sprungbrett hergegeben. Frankreich war, so die Beweisführung Freycinets in seinem Buche über Ägypten, der Soldat des Rechts; da es aber von Deutschland nicht unterstützt wurde, konnte England seine Herrschaft im Nilland befestigen und sie über den Sudan ausdehnen. Und ähnlich Hanotaux¹⁾. Es war jedoch eine starke Zumutung an Deutschland, es solle den Franzosen in Ägypten Dienste leisten, nachdem die Buren

¹⁾ „Fachoda“, S. 130.

von Frankreich preisgegeben worden waren. Doch war es unerquicklich, wie sich die deutsche Regierung mit dem Kaisertelegramm kopfüber in den Streit mit England stürzte und sich eilig zurückzog, um Großbritannien dann sofort eine Gefälligkeit zu erweisen. Für diese politische Methode prägte Eugen Richter damals die böshafte Bezeichnung „Zickzackkurs“. Erfreulich war allerdings das Verhältnis Deutschlands zu seinen europäischen Bundesgenossen, vor allem zu Österreich-Ungarn, aber auch zu Italien und Rumänien. Hier gaben die von Bismarck eingerammten Pfähle die Richtung an. Wo aber ohne dessen großes Vorbild in den täglich sich aufdrängenden Sorgen der Weltpolitik selbständige Entschlüsse zu fassen waren, versagte die deutsche Staatskunst. Verhängnisvoll war schon die Kündigung des Rückversicherungsvertrags, welcher Maßregel Bismarck mit Recht die Hauptschuld an dem Zustandekommen des russisch-französischen Bündnisses zuschob. Caprivi näherte sich England, Hohenlohe und Marschall dagegen rückten weit von dieser Macht ab. Es war Ansichtssache, wie man es damit hielt, aber die Schwankungen hatten zur Folge, daß in Petersburg wie in London das Vertrauen in die deutsche Politik erschüttert wurde. Caprivi gab mit freigebiger Hand Zentralafrika dahin, dann stellte sich Reue ein, und unter seinem Nachfolger wurde, so schien es einen Augenblick, die Sache der Buren als Hebel zur Wiedergewinnung verlorener Stellungen benutzt. Das unüberlegte Telegramm an Paul Krüger, gefolgt von dem Zurückweichen vor England, krönt das Beginnen. Das alles erlebte Bismarck noch und durchblidte die Widersprüche, er mußte das Sinken der Weltgeltung Deutschlands mitansehen. Kein Wunder, daß der schwer gereizte Mann von tiefer Erbitterung ergriffen wurde. Die Huldigung des ihm treu gebliebenen Seiles der Nation konnten ihm dafür keinen Ersatz bieten. Tröstend war nur für ihn, daß die deutsche Volkskraft sich im wirtschaftlichen Wettbewerb ihren Platz neben und oft vor allen Nebenbuhlern errang. Als er, einer Einladung Ballins folgend, die Schiffe und Werften zu Hamburg besichtigte, sagte er zu seinem Führer: er sei tief bewegt von dem Einblicke in die sich ihm eröffnende neue große Welt.

*

Deutschfeindliche Stimmung in England

Nach dem Telegramm an Paul Krüger kam das Verhältnis der Kabinette von Berlin und von London bald wieder ins gleiche, in der öffentlichen Meinung Englands jedoch war der Eindruck unverwischbar. Alle Eifersucht auf die steigende Handelsmacht Deutschlands, aller Neid wegen der Eroberung fremder Märkte durch den Nebenbuhler brach bei diesem Anlasse hervor. Das ägyptische Zwischenspiel fand deshalb wenig Beachtung, man sprach nur von den Buren, der Delagoabai, der Vereitelung des Baues der großen afrikanischen Süd-Nord-Bahn. Der Krieg mit den deutschen Vettern wäre schon 1896 vollstümlich gewesen. Im April riefen eines Tages die Zeitungsjungen in den Straßen Londons einen Artikel „Krieg mit Deutschland“ zum Verkauf aus: die Menge brach in Jubel aus und der Verkehr geriet zeitweilig ins Stocken. Als sich 1897 der Regierungsantritt der Königin Viktoria zum 60. Male jährte, überbrachte Prinz Albrecht von Preußen den Glückwunsch des Deutschen Kaisers, bei dem festlichen Umzuge aber ertönten aus der Menge feindselige Zurufe gegen den Prinzen. Den schärfsten Angriff gegen Deutschland führte die „Saturday Review“, ein verbreitetes Wochenblatt, das am 11. September 1897 den Krieg verlangte und dies mit der steigenden deutschen Gefahr begründete. Es hieß daselbst: „In Transvaal, am Kap, in Mittelafrrika, in Italien und in Ostasien, auf den Inseln der Südsee und im fernen Nordwesten, überall, wo die Flagge der Bibel und der Handel der Flagge gefolgt ist — und wo ist das nicht der Fall gewesen? — da hat der deutsche Handlungsreisende mit dem englischen Hausierer gestritten. Wo es gilt, ein Bergwerk auszubeuten oder eine Eisenbahn zu bauen, wo Eingeborene von der Brotfrucht zur Büchsenfleischnahrung, von der Enthaltfamkeit zum Handelschnaps übergehen sollen, da suchen Deutsche und Engländer einander zuvorkommen. Eine Million kleiner Vögeleien schafft den größten Kriegsfall, den die Welt je gesehen hat. Wäre Deutschland morgen vernichtet, so gäbe es übermorgen keinen Engländer in der Welt, der nicht um so reicher wäre.“ Und der Artikel schloß mit der Mahnung, Germaniam esse delendam. Vorahnend schrieb der deutsche Nationalökonom Schäffle um jene

Zeit: „Man gebe sich keiner Täuschung darüber hin, daß die Engländer, wenn sie es nur irgend wagen können, bei erster Gelegenheit unserem Überseehandel und unserer Exportindustrie den Todesstoß zu geben suchen werden.“ Das treffendste Wort aber rührte von Bismarck her. Als er im Frühjahr 1898 von dem englischen Schriftsteller Sidney Whitman brieflich gefragt wurde, wie die englisch-deutschen Beziehungen gebessert werden könnten, ließ er ihm antworten, er wisse leider kein Mittel; das einzige ihm bekannte bestünde darin, der deutschen Industrie einen Zaum anzulegen, aber dieses Mittel wäre füglich nicht anwendbar.

